



Niederschrift

Umwelt- und Agrarausschuss

19. Wahlperiode - 52. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Februar 2021, 11 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Oliver Kumbartzky (FDP)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christian Dirschauer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Stefan Weber (SPD)

Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Tierheimen effizient helfen	4
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1916	
2.	Neue Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren für Schleswig-Holstein erlassen	4
	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2610 (neu)	
	Runden Tisch Tierheime einrichten	4
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/5364	
	Runden Tisch Tierheime einrichten	4
	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/5368	
3.	Lieferkettengesetz jetzt!	8
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2301(neu)	
4.	Klimaschutz im Straßenverkehr - jetzt!	9
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1899	
5.	Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, eröffnet die Sitzung um 11:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Die Tagesordnung wird in der folgenden Reihenfolge beraten: 1 und 2 gemeinsam, 3 bis 5, Unterbrechung der Sitzung von 11:25 bis 14:55 Uhr, Wiederaufnahme der Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2.

1. **Tierheimen effizient helfen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1916](#)

(überwiesen am 23. Januar 2020)

hierzu: [Umdrucke 19/3600](#), [19/3646](#), [19/3678](#), [19/3807](#), [19/3818](#),
[19/3820](#), [19/4513](#), [19/4590](#), [19/4688](#), [19/4689](#),
[19/4704](#)

2. **Neue Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren für Schleswig-Holstein erlassen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2610](#) (neu)

(überwiesen am 11. Dezember 2020 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Runden Tisch Tierheime einrichten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/5364](#)

Runden Tisch Tierheime einrichten

Antrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/5368](#)

Die Koalitionsfraktionen bringen den aus [Umdruck 19/5364](#) ersichtlichen Änderungsantrag ein.

Die anwesenden Mitglieder insbesondere der SPD-Fraktion, aber auch des SSW geben ihre Verwunderung über die kurzfristige Vorlage des Antrags Ausdruck. - Darüber entbrennt eine kurze Diskussion.

Als Ausfluss dieser Diskussion kommt der Ausschuss überein, zunächst einen Bericht der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung entgegenzunehmen, die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt zu unterbrechen und nach der Plenarsitzung am Nachmittag fortzusetzen.

Frau Dr. Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, trägt vor, die schriftliche und die mündliche Anhörung im Rahmen der Anhörung hätten gezeigt, dass zwischen den beiden Hauptparteien, den kommunalen Landesverbänden einerseits und den Tierheimen und Tierschutzverbänden andererseits eine hohe Gesprächs- und Einigungsbedarfe bestehe. Diesen wolle das Ministerium gerne moderieren - gemeinsam mit dem MELUND, mit dem bereits Kontakt aufgenommen worden sei. Die Bereitschaft dazu habe sie in ihrer Rede im Dezember-Plenum bereits ausgesprochen.

In dem Runden Tisch werde eine mögliche Richtlinie besprochen werden. Ob eine Fundtierrichtlinie das von Akteurinnen und Akteuren gewünschte und im Ergebnis geeignete Mittel sei und mit welchem Inhalt, werde im Rahmen des geplanten Runden Tisches besprochen werden.

Jede im Erlasswege vorgegebene Frist zum Ende der Kostentragungspflicht der Gemeinde wäre nämlich willkürlich gesetzt und damit angreifbar, denn die gesetzlichen Vorgaben fänden sich im BGB. Deshalb könne eine mögliche neue Fundtierrichtlinie nur empfehlenden Charakter haben.

Die Ankündigung, einen Runden Tisch durchzuführen, solle nicht missverstanden werden. Sie wolle den Runden Tisch, sie wolle eine Lösung insbesondere im Sinne der Tierheime, und es werde eine Richtlinie und ein möglicher Inhalt, der wie von vielen und insbesondere auch den Abgeordneten gewünscht, mit allen Akteurinnen und Akteuren beraten.

Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass es auch andere Möglichkeiten gebe, zum Beispiel den Entwurf eines Mustervertrages. Auch andere Inhalte als die Dauer der Kostentragungspflicht könnten nach seiner Einschätzung für die Akteure von Bedeutung sein, zum Beispiel der Tagessatz für die Unterbringung, der Umfang der Erstattung von tierärztlichen Behandlungskosten und der Umgang mit Tieren, bei denen nicht stets klar sei, ob es sich um Fundtiere

oder herrenlose Tiere handele. Das könnte beispielsweise Katzen betreffen, da diese nicht immer Haustiere seien, sondern sie auch bei der Wildpopulation anzutreffen seien.

Das Ministerium werde gern mit den Beteiligten darüber sprechen, welche Punkte für sie relevant seien. Das könne zu Kompromissen führen, die die Dauer der Kostentragungspflicht betrafen. Der Einschätzung der Betroffenen wolle sie hier nicht vorgreifen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden legt Frau Dr. Schulte-Klausch, Leiterin des Referats Ordnungsrecht und Datenschutz im MILIG, dar, zurzeit fänden noch letzte Abstimmungen mit dem Umweltministerium und Abstimmungen über den Teilnehmerkreis für den geplanten Runden Tisch statt. In der jetzigen Situation werde dieser vermutlich als Videokonferenz stattfinden. Wie lange dies dauern werde, könne sie derzeit nicht prognostizieren. Dem Ministerium sei sehr an einem konsensualen Verfahren gelegen, weil die Betroffenen auch in den kommenden Jahren vertrauensvoll zusammenarbeiten sollten.

(Unterbrechung der Beratung)

Die Koalitionsfraktionen ziehen den aus [Umdruck 19/5364](#) ersichtlichen Antrag zurück. Stattdessen wird der aus [Umdruck 19/5368](#) ersichtliche interfraktionelle Antrag eingebracht.

Abg. Weber geht auf den Antrag [Drucksache 19/1916](#) ein und legt dar, dass sich die Punkte 1 und 2 des Antrags erledigt hätten, der Punkt 3, der sich auf Animal Hording beziehe, noch nicht bearbeitet worden sei. Deshalb spreche er sich für Abstimmung in der Sache über diesen Punkt aus.

Abg. Krämer geht auf den vorgelegten interfraktionellen Antrag, [Umdruck 19/5368](#), ein. Sie begrüßt, dass die Fraktionen nah beieinander seien. Es sei ein guter Tag für Tierschutz und für Tierheime. Sie bedanke sich auch bei den kommunalen Landesverbänden dafür, dass sie einverstanden seien, sich an einen Tisch mit den Tierschützern und den Vertretern der Tierheime zu setzen. Sie hoffe, dass eine Richtlinie erarbeitet werde, um eine gute Grundlage zu haben. Sie begrüße ferner, dass die Richtlinie, die bereits seit mehreren Jahren außer Kraft sei, endgültig vom Markt verschwinde. Sie sei zuversichtlich, dass eine Richtlinie erarbeitet werden könne, die den Rechtstatbestand abbilde. Damit werde den Kommunen Gewissheit gegeben und den Tierheimen Zuverlässigkeit. Es handele sich um eine Win-win-Situation. Sie

bedanke sich ferner beim Ministerium und freue sich, dass die Richtlinie zeitnah vorgestellt werden solle. Ziel sei das Ende des zweiten Quartals 2021. Außerdem solle der Ausschuss im Vorwege über den Stand der Beratungen am Runden Tisch informiert werden.

Abg. Knuth schließt sich diesen Ausführungen umfänglich an. Vor allem unterstreiche er, dass er froh sei, dass ein fraktionsübergreifender Antrag habe erarbeitet werden können.

Sodann wendet er sich den Ausführungen des Abg. Weber zu und schlägt vor, sich gesondert mit dem Thema Animal Hording zu beschäftigen. Man müsse sehen, wie man einzelne Peaks besser auf Tierheime verteilen könne.

Abg. Weber zieht im Namen der Antragsteller den Antrag [Drucksache 19/2610](#) (neu) zurück. Ihm sei wichtig zu sehen, was in nächster Zeit auf die Tierheime zukomme. Er habe zur Kenntnis genommen, dass alle in die gleiche Richtung gingen.

Abg. Rickers schließt sich den Dankesworten der Abg. Krämer an und bedankt sich insbesondere bei SPD und SSW dafür, dass es gelungen sei, kurzfristig einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, sodass man zu einem guten Ergebnis kommen könne.

Abg. Redmann beantragt Einzelabstimmung über die Punkte in [Drucksache 19/1916](#).

Der Ausschuss fasst sodann folgende Beschlüsse:

- Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, die Nummern 1 und 2 der [Drucksache 19/1916](#) für erledigt zu erklären.
- Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW, Nummer 3 der [Drucksache 19/1916](#) abzulehnen.
- Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig im Wege der Selbstbefassung, den aus [Umdruck 19/5368](#) ersichtlichen Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

3. Lieferkettengesetz jetzt!

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/2301](#)(neu)

(überwiesen am 28. August 2020 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss, den Sozialausschuss und den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/4650](#), [19/4651](#), [19/4695](#), [19/4705](#), [19/4724](#),
[19/4837](#), [19/4863](#), [19/4880](#), [19/4881](#), [19/4900](#),
[19/4913](#), [19/4921](#), [19/4923](#), [19/4927](#), [19/4929](#),
[19/4931](#), [19/4938](#), [19/4939](#), [19/4940](#), [19/4941](#),
[19/4942](#), [19/4945](#) (neu), [19/4946](#), [19/4947](#),
[19/4948](#), [19/4949](#), [19/4950](#), [19/4951](#), [19/4971](#),
[19/4986](#), [19/4988](#)

Der Ausschuss beschließt, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Termin für die Anhörung legt er den 28. April 2021 (ganztägig) fest.

Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführung bis Freitag, 12. Februar 2021, benannt werden.

4. **Klimaschutz im Straßenverkehr - jetzt!**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1899](#)

(überwiesen am 22. Januar 2020 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/3601](#), [19/3754](#), [19/3765](#), [19/3773](#), [19/3782](#),
[19/3783](#), [19/3796](#), [19/3805](#), [19/3806](#), [19/4459](#),
[19/4552](#), [19/4557](#), [19/4558](#)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich der Wirtschaftsausschuss bereits im Vorwege dem Votum des Umwelt- und Agrarausschusses angeschlossen habe.

Abg. Dirschauer legt dar, sowohl die schriftliche als auch die mündliche Anhörung hätten bestätigt, dass die in dem Antrag beschriebenen Maßnahmen unter Klimaschutz Gesichtspunkten einen positiven Effekt erzielen würden.

Auf Antrag der Abg. Redmann führt der Ausschuss eine Einzelabstimmung durch.

Der Ausschuss beschließt wie folgt:

1. Punkt 1 des Antrags wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt.
2. Punkt 2 wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der SPD abgelehnt.
3. Der Punkt 3 wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der SPD, den Antrag abzulehnen.

5. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

gez. Oliver Kumbartzky
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin